



# Newsletter

## Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 01.12.2017

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

im Sommer 2017 hat die Europäische Kommission ein EU-Road-Package vorgelegt. Der Entwurf gibt den Mitgliedstaaten keine Wahloptionen mehr für die Befreiung von leichteren und mittelschweren Fahrzeugen von der Lkw-Maut. Wir lehnen diese Ausdehnung der streckenbezogenen LkW-Maut auf leichtere Fahrzeuge ab, da wir eine finanzielle Mehrbelastung für den Mittelstand befürchten. Dort werden leichtere und mittelschwere Fahrzeuge überwiegend auf regionalen Kurzstrecken eingesetzt. In unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb die Staatsregierung dazu auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten weiterhin Wahloptionen für leichtere und mittelschwere Fahrzeuge hinsichtlich der streckenbezogenen Lkw-Maut wahrnehmen können.

- Diese Woche im Plenum
- CSU-Fraktion für flexible Handhabe bei Straßenausbaubeiträgen
- Schorer-Dremel neue Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in Bayern
- Übergangsfristen bei Manueller Therapie für Masseure und medizinische Bademeister
- Unterwegs in Bayern – Bezirksbereisung Oberfranken
- Besuch des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes in der JVA München
- Unsere Anträge im November
- Die Woche in Bildern
- Zahl der Woche: 20

Nun wünsche ich Ihnen wieder eine anregende Lektüre und freue mich, wenn wir uns an diesem Wochenende an der ein oder anderen Stelle begegnen - etwa heute Abend bei der Besonderen Kreisdelegiertenversammlung in Ried, morgen Abend bei der Eröffnung des Weihnachtsmarkts in Unterweikertshofen oder bei den Weihnachtsfeiern von THW und der CSU Karlsfeld oder am Sonntag beim Nikolausturnen in Haimhausen.

Ein schönes erstes Adventswochenende und herzliche Grüße  
Ihr

Bernhard Seidenath

## Diese Woche im Plenum

Die Europäische Kommission hat im Sommer 2017 ein EU-Road Package vorgelegt. Darin wird beabsichtigt, eine streckenbezogene Lkw-Maut auf Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen sowie mittelfristig auf Fahrzeuge unter 3,5 Tonnen verbindlich auszudehnen. Das belastet mittelständische Unternehmen überproportional, da sie ihre leichteren und mittelschweren Fahrzeuge überwiegend auf regionalen Kurzstrecken einsetzen. In unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb die Staatsregierung auf, sich beim Bund gegen eine verbindliche Ausdehnung der streckenbezogenen Lkw-Maut auf leichtere Fahrzeuge einzusetzen.

[Zum Dringlichkeitsantrag „EU-Road Package – keine neue Belastung für den Mittelstand!“](#)

Die Fluggesellschaft Kuwait Airways hatte sich jüngst geweigert, einen Passagier mit israelischer Staatsbürgerschaft von Frankfurt aus zu befördern. Die Fluggesellschaft berief sich dabei auf ein kuwaitisches Gesetz von 1964, das wirtschaftliche Vereinbarungen mit Israelis verbietet und unter Strafe stellt, da Kuwait den Staat Israel nicht anerkennt. Eine solche antiisraelische und antisemitische Gesetzgebung lehnen wir entschieden ab und fordern deshalb eine Änderung der Gesetzgebung aus dem Jahr 1964.

[Zum Dringlichkeitsantrag „Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in Deutschland!“](#)

Laut Mitteilung der EU-Kommission zur Zukunft der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) sollen zukünftig Direktzahlungen nur noch solchen Landwirten gewährt werden, die auf die Landwirtschaft als Haupterwerb angewiesen sind. Damit würden unsere Nebenerwerbsbetriebe, aber auch viele unserer Haupterwerbsbetriebe mit Einkommenskombination möglicherweise aus der Förderung herausfallen. In unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe mit Einkommenskombinationen nach wie vor Direktzahlungen erhalten.

[Zum Dringlichkeitsantrag „Nebenerwerbsbetrieb in Bayern weiterhin fördern“](#)

Weitere Dringlichkeitsanträge:

[„Umweltschonender Einsatz von Glyphosat“](#)

[„Computerspiele bei der Jugendmedienarbeit verstärkt berücksichtigen“](#)

[„Wirksame Maßnahmen zur Vorbeugung gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest voranbringen“](#)

## CSU-Fraktion für flexible Handhabe bei Straßenausbaubeiträgen

„Wir wollen, dass Städte und Gemeinden Anlieger an den Kosten für Straßenausbau beteiligen können, aber nicht müssen“, macht Dr. Florian Herrmann, innenpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion deutlich. Damit erteilt die CSU-Fraktion eine Absage an die Freien Wähler und ihren Wunsch nach einer kompletten Streichung der Straßenausbaubeiträge. „Wir vertrauen auf die kommunale Selbstverwaltung und degradieren die Städte und Gemeinden nicht zu Bittstellern, wie es die Freien Wähler planen.“, ergänzt Herrmann.

[Weiterlesen](#)

## **Schorer-Dremel neue Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in Bayern**

CSU-Abgeordnete Tanja Schorer-Dremel ist neue Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) in Bayern und beerbt damit ihren Fraktionskollegen Heinrich Rudrof. Mit seinen Leuchtturmprojekten „Schulwald“ oder „Waldjugendspiele“ ist der Landesverband besonders in der Jugendarbeit aktiv. Neben dem Projekt „Bildung im Wald“ hat die neue Vorsitzende das Thema Klimawandel fest im Blick: „Wir wollen die Weichen von Monokulturen in Richtung Mischwälder stellen. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald kann dabei eine Vermittlerrolle einnehmen, um auch private Waldbesitzer mit ins Boot zu holen“, so Schorer-Dremel.

[Weiterlesen](#)

## **Übergangsfristen bei Manueller Therapie für Masseur und medizinische Bademeister**

Masseur und medizinische Bademeister können ihre Leistungen der Manuellen Therapie aufgrund eines Urteils des Bundessozialgerichts künftig nicht mehr über die gesetzlichen Krankenkassen abrechnen. Das gilt auch für Masseur, die sich explizit im Bereich der Manuellen Therapie weitergebildet haben. Ausschließlich ausgebildete Physiotherapeuten dürfen nach dem neuen Urteil ihre Therapien zu Lasten der Krankenkassen anwenden. Gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege hat die CSU-Fraktion die Übergangsfrist vom 1. November 2017 auf den 31. März 2018 verlängern können. „Die von uns geforderte Übergangslösung bietet den Betroffenen zumindest eine gewisse Übergangsdauer, die dazu genutzt werden sollte, zusammen mit den Verbänden weitere Weichenstellungen vorzunehmen“, erklären Bernhard Seidenath, der Vorsitzende des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege, und sein Stellvertreter Klaus Holetschek.

[Weiterlesen](#)

## **Unterwegs in Bayern – Bezirksbereisung Oberfranken**

Oberfranken war nach Schwaben und Niederbayern die dritte Station auf der Tour des Geschäftsführenden Vorstands der CSU-Fraktion durch die bayerischen Regierungsbezirke. Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer und seine Stellvertreter informierten sich gemeinsam mit den örtlichen Abgeordneten über technische Innovationen und Projekte aus den Bereichen Kultur, Tourismus, Wirtschaft und Landwirtschaft. In der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz erhielten die Abgeordneten einen Einblick in die moderne Aus- und Fortbildungseinrichtung für Nachwuchskräfte der bayerischen Justiz. Weiter ging es unter anderem in das Fränkische Schweiz Museum in Tüchersfeld und zur Kirschenversuchsanlage in Hiltpoltstein.

[Zur Bildergalerie](#)

[Zum Video](#)

## **Besuch des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes in der JVA München**

Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat sich bei seinem Besuch in der Justizvollzugsanstalt München über die Haft- und Arbeitsbedingungen informiert und sich insbesondere von der Mutter-Kind-Abteilung ein Bild gemacht. Seit 1894 wird das Gelände des ehemaligen Guts Stadelheim als Gefängnis genutzt. Mit rund 1.500 Haftplätzen und 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählt es zu den größten Justizvollzugsanstalten Deutschlands. Im Jahr 2009 wurde die neue Frauenabteilung fertig gestellt. Neben 150 Haftplätzen umfasst sie auch eine Mutter-Kind-Abteilung mit 10 Plätzen.

[Weiterlesen](#)

## **Unsere Anträge im November**

Eine Übersicht über alle Anträge, die wir im November eingebracht haben, finden Sie [hier](#).

## **Die Woche in Bildern**

Im Rahmen eines gemeinsamen Austausches diskutierten Vertreter der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit dem Fraktionsvorstand über die künftigen Herausforderungen und die aktuellen Anliegen der Landsmannschaft an die Landespolitik.

Weitere Impressionen dieser Sitzungswoche finden Sie in unseren Bildern der Woche.

[Zur Bildergalerie](#)

## **Zahl der Woche: 20**

20 Jahre Arbeitsmarktfonds in Bayern – das bedeutet 20 Jahre Förderung von innovativen Arbeitsmarktprojekten und neue Perspektiven für Arbeitssuchende. In den vergangenen 20 Jahren hat die Bayerische Staatsregierung 110 Millionen Euro aus dem Arbeitsmarktfonds investiert. Der Fonds unterstützt insbesondere Langzeitarbeitslose, Ältere, Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen, Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien oder auch Migranten und Flüchtlinge dabei, im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

[Weiterlesen](#)